

Rationalität und Populismus Die Rolle der Wissenschaften in der Pandemie

Heiko Giebler, Constanza Sanhueza Petrarca und Bernhard Weßels

Summary: The Corona pandemic is not only a health risk. It is also a catalyst for conflicts that challenge the foundations of our societies. A considerable part of the population in many European countries rejects science as a basis for political decision-making. This polarises societies – especially as the mobilisation potential for such views is unevenly distributed among supporters of different parties. To prevent the increase of conflicts, it is necessary to work on a common understanding of the role of science.

Kurz gefasst: Die Corona-Pandemie stellt nicht nur ein Gesundheitsrisiko dar. Sie ist auch ein Katalysator für Konflikte, die Grundlagen unserer Gesellschaften infrage zu stellen. Ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung in vielen europäischen Ländern lehnt Wissenschaft als Grundlage politischer Entscheidungen ab. Das polarisiert die Gesellschaften – zumal das Mobilisierungspotenzial für derartige Ansichten sich unter den Anhänger:innen verschiedener Parteien ungleich verteilt. Um die Zunahme von Konflikten zu verhindern, ist es notwendig, an einem gemeinsamen Verständnis der Rolle der Wissenschaft zu arbeiten.

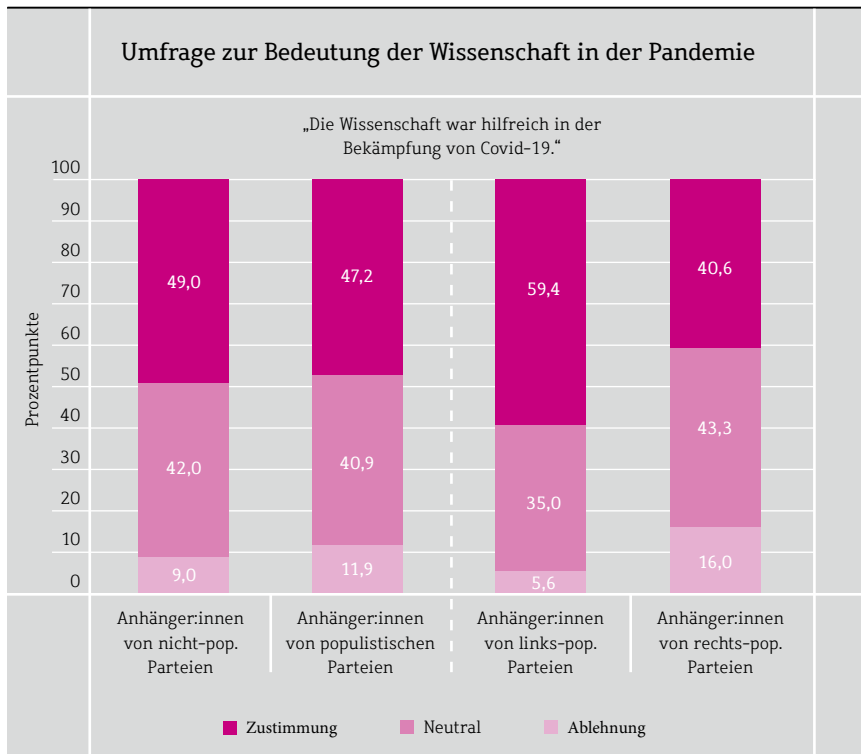
Mit dem Ziel, die Pandemie einzudämmen und ihre negativen Auswirkungen zu verringern, haben Regierungen auf der ganzen Welt weitreichende und sehr umfassende Maßnahmen ergriffen. Viele dieser Maßnahmen schränken die bürgerlichen Freiheiten stark ein oder setzen sie sogar außer Kraft – wie etwa Versammlungs- oder Beherbergungsverbote, die Schließung kultureller und sportlicher Einrichtungen oder nächtliche Ausgangssperren. Wie die meisten Regierungsentscheidungen wurden auch diese nicht von allen Bürger:innen einhellig begrüßt. Kritik richtete sich jedoch nicht nur gegen die konkrete Ausgestaltung der Regierungsstrategien zur Eindämmung des Virus, indem beispielsweise infrage gestellt wurde, ob Schulen geschlossen werden sollten oder ob die Reproduktionswerte des Virus anstatt der Inzidenzwerte als Schwellen für die Umsetzung zusätzlicher Einschränkungen herangezogen werden sollten. Vielmehr wurden nicht zuletzt in Deutschland sowohl der Prozess, der zu den politischen Entscheidungen führte, als auch deren Grundlagen kritisiert und teilweise sogar komplett abgelehnt. Die Kritik am Prozess ist eine recht alte Debatte über die Rolle von Parlamenten oder Gerichten im Ausnahmezustand. Mit der Corona-Krise ist jedoch ein anderer und möglicherweise stärker herausfordernder Konflikt noch sichtbarer geworden: die in Teilen der Bevölkerung bestehende Ablehnung der Rolle der Wissenschaft als Grundlage für (politische) Entscheidungen.

Ähnlich wie bei der Debatte um die Klimakrise betrachten bestimmte gesellschaftliche Gruppen und politische Akteure die Expertise von Wissenschaftler:innen als irrelevant oder voreingenommen. Folglich werden politische Entscheidungen von vornherein abgelehnt, weil sie auf wissenschaftlichen Begründungen beruhen. Der eigentliche Inhalt der Eindämmungsmaßnahmen wird dann gar nicht mehr wahrgenommen, weil etwa ohnehin nicht geglaubt wird, dass das Virus tödlich sein oder sich schnell durch die Luft verbreiten kann.

Was bedeutet das für die Politik und den öffentlichen Diskurs? Grundsätzlich gilt: Da es keine Einigkeit über die Rolle der Wissenschaft gibt, liegt den Auseinandersetzungen in solchen politischen Debatten keine gemeinsame Logik und keine gemeinsame Sprache zugrunde. Ein konstruktiver Austausch ist so nahezu unmöglich. Die Polarisierung wird nicht nur in Bezug auf die inhaltlichen Präferenzen deutlich (also in der Frage, was gegen das Problem getan werden kann), sondern auf einer viel grundsätzlicheren Ebene (also bezogen auf die Frage, ob das Problem überhaupt existiert). In gewisser Weise ähnelt die Struktur dieses Konflikts dem, was wir über religiöse Konflikte wissen. Doch während bei religiösen Konflikten unterschiedliche Glaubensüberzeugungen aufeinandertreffen, besteht hier Uneinigkeit über den Wert von Rationalität und der wissenschaftlichen Methode.

Schaut man sich die zentralen Akteure und Gruppen, die Wissenschaft und wissenschaftliche Erkenntnisse ablehnen, genauer an, so scheint es, dass populistische Parteien und Gruppen sowie deren Anhänger:innen eine große Rolle bei der Verbreitung einer wissenschaftskritischen, wenn nicht sogar wissenschaftsfeindlichen Meinung spielen. Wie die Forschung zu sozialen Bewegungen zeigt, haben (politische) Strömungen, die sich auf bereits bestehende Strukturen wie Netzwerke und Organisationen stützen können, eine höhere Chance, wichtige gesellschaftliche Akteure zu werden. Da die Ablehnung von Wissenschaft als Grundlage politischer Entscheidungen mit der Unterstützung bestimmter Parteien und Parteifamilien verbunden scheint, kann also die resultierende Polarisierung schon in normalen Zeiten, aber insbesondere in Zeiten schwerer Krisen,

sehr folgenreich werden. Je besser organisiert, desto besser können solche Gruppen das Thema politisieren. Wenn sich also belegen ließe, dass die Wertschätzung der Wissenschaft bei Anhänger:innen verschiedener Parteien verschieden ausgeprägt ist, gäbe dies Anlass zur Besorgnis. Denn die gesellschaftliche Polarisierung und potenzielle Spaltung würde durch die Anbindung an bestehende, bereits zu einem gewissen Maß polarisierte Strukturen verschärft.



Heiko Giebler ist Leiter einer Nachwuchsgruppe im Rahmen des Exzellenzclusters „SCRIPTS“ an der Freien Universität Berlin. Er ist zudem Gastwissenschaftler am WZB und leitet dort u.a. das Forschungsprojekt „Solikris“, in dessen Rahmen auch die hier genutzten Daten erhoben wurden. *[Foto: David Ausserhofer]*

heiko.giebler@wzb.eu



Constanza Sanhueza Petrarca ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Solikris-Teilprojekt „Politische Legitimität in Krisenzeiten“ in der Abteilung Transformationen der Demokratie. Zudem ist sie mit der Abteilung Demokratie und Demokratisierung und dem Varieties of Democracy Institut (V-DEM) an der Universität Göteborg assoziiert. *[Foto: David Ausserhofer]*

constanza.sanhueza@wzb.eu

Für eine empirische Analyse nutzten wir Daten aus einer Bevölkerungsumfrage in 11 europäischen Ländern (Österreich, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Ungarn, Italien, Niederlande, Polen, Spanien, Schweden und das Vereinigte Königreich). Die Daten wurden im Spätherbst 2020 im Rahmen des Projekts „Veränderung durch Krisen? Solidarität und Entsolidarisierung in Deutschland und Europa“ (Solikris) erhoben, bei dem das WZB mit dem Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften GESIS und der Universität Heidelberg zusammenarbeitet und das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung finanziert wird.

Die Analysen zeigen, dass sich Anhänger:innen von populistischen und nicht populistischen Parteien in ihrer Bewertung der Wissenschaft nicht stark unterscheiden; Anhänger:innen von populistischen Parteien sind nur etwas skeptischer gegenüber der Wissenschaft. Dies gilt allerdings nur für den Durchschnitt aller populistischen Anhänger:innen. Sobald wir zwischen links- und rechtspopulistischen Parteien differenzieren, ergibt sich ein deutlich dramatischerer Kontrast: Im Durchschnitt stimmen Anhänger:innen linkspopulistischer Parteien der Aussage, dass die Wissenschaft bei der Bekämpfung der Pandemie hilfreich war, sogar stärker zu als Anhänger:innen nicht populistischer Parteien. 59 Prozent der Anhänger:innen linkspopulistischer Parteien sind eher starke Befürworter der Rolle der Wissenschaft bei der Bekämpfung der Pandemie. Die Anhänger:innen rechtspopulistischer Parteien bewerteten die Rolle der Wissenschaft deutlich schlechter. Nur etwa 41 Prozent sehen die Wissenschaft als hilfreich bei der Pandemiebekämpfung an. Demgegenüber nehmen weniger als 6 Prozent der Anhänger:innen von linkspopulistischen Parteien eine sehr kritische Position gegenüber der Wissenschaft ein, verglichen mit 16 Prozent im rechten Lager.

Beunruhigend ist, dass wir ähnliche Muster finden, wenn allgemeiner und jenseits des Corona-Kontextes nach der Rolle wissenschaftlichen Wissens für poli-

Bernhard Weßels ist Direktor der Abteilung Demokratie und Demokratisierung und Professor am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin.

bernhard.wessels@wzb.eu

tische Entscheidungen gefragt wird. Dies unterstreicht die Gefahr, die in der unterschiedlichen Akzeptanz von Wissenschaft als Grundlage von Entscheidungen liegt. Es gibt hier eine Spaltung, die potenziell alle politisch diskutierten Themen betrifft – also auch zum Beispiel die Klimakrise.

Was könnten Erklärungen für die Unterschiede zwischen den Anhänger:innen unterschiedlicher parteipolitischer Orientierung sein? Dass Populismus vorherrschend antielitäre Positionen vertritt, trägt ohne Zweifel zur Ablehnung von Wissenschaft (und Wissenschaftler:innen) bei. Wissenschaft verwendet eine Fachsprache, die nicht für alle zugänglich ist, der Zugang zum universitären Studium ist sozial selektiv, akademische Titel markieren eine Hierarchie. Wenn Regierungen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie mit wissenschaftlichen Erkenntnissen rechtfertigen, wird ein solcher Zugang daher in Teilen der Bevölkerung abgelehnt werden. Zweitens könnte die starke Skepsis gegenüber den traditionellen Medien eine Rolle spielen, da sie dazu führen kann, dass alternative Medien als Informationsquelle genutzt werden. Dort werden häufig Behauptungen verbreitet, denen es an wissenschaftlicher Evidenz fehlt. Schließlich überschneiden sich populistische Einstellungen mit dem Glauben an Verschwörungstheorien, die ihrerseits wissenschaftliche Begründungen ablehnen.

Unsere Ergebnisse zeigen allerdings auch, dass der Populismus allein nicht der entscheidende Faktor ist. Wäre es so, müssten wir ähnliche Bewertungen bei Anhänger:innen linkspopulistischer wie rechtspopulistischer Parteien sehen. Das ist nicht der Fall. Der niederländische Politikwissenschaftler Cas Mudde hat von der „dünnen“, weil inhaltlich nicht gefüllten Ideologie des Populismus gesprochen. Erst in der Kombination von populistischen Einstellungen und der „dicken“ Ideologie des Nationalismus, der Fremdenfeindlichkeit und des starken Traditionalismus, also in der Kombination mit rechter Ideologie, tritt die wissenschaftskritische Positionierung des Populismus zutage.

Dieser Zusammenhang muss uns beschäftigen und auch beunruhigen. Rechtspopulistische Parteien sind in den europäischen Ländern nicht nur viel häufiger, sondern auch viel erfolgreicher als ihre linken Pendanten. Vergleicht man die Aussagen von Anhänger:innen rechtspopulistischer Parteien mit denen nicht populistischer Parteien auf der rechten Seite (zum Beispiel solcher, die der Familie der konservativen oder christdemokratischen Parteien angehören), so ist die Zustimmung zur Bedeutung der Wissenschaft bei letztgenannten sehr viel höher. Es gibt einen wichtigen Unterschied zwischen nicht populistischen und populistischen Parteien auf der rechten Seite des politischen Spektrums. Zwar teilen beide Gruppen viele Positionen grundsätzlich, aber die nicht populistischen Parteien sind oftmals moderater in ihrer Position. Dies gilt auch für ihre Anhängerschaft. Parteien auf der stärker extremen rechten Seite sind in der Mehrzahl auch populistisch. Daher ist eine „Entflechtung“ des Effekts von Populismus und rechten Einstellungen nicht nur schwierig, sondern bedarf auch weitergehender Analysen. Die „Alternative für Deutschland“ ist jedoch ein gutes Beispiel dafür, dass rechtspopulistische Parteien in ihren jeweiligen Parteiensystemen sehr oft einzigartige und auch teilweise ausgegrenzte Positionen besetzen. Häufig ziehen sie Anhänger:innen an, die sich von den übrigen Parteien nicht mehr repräsentiert fühlen. Es wäre also keine Überraschung, wenn weitere Analysen zeigen würden, dass es tatsächlich die spezifische Kombination von Populismus und rechten Einstellungen ist, die zu einer viel stärkeren Skepsis gegenüber der Wissenschaft führt und damit als zusätzlicher Treiber der Polarisierung in zeitgenössischen Demokratien wirkt. Die große – und schwierige – Aufgabe wäre es dann, gegen diese Polarisierung anzugehen und Brücken zu bauen, die einen produktiven Diskurs zwischen allen Bürger:innen und Gruppen zu zentralen Fragen ermöglichen würden.

Literatur

Grande, Edgar/Hutter, Sven/Hunger, Sophia/Kanol, Eylem: *Alles Covidioten? Politische Potenziale des Corona-Protests in Deutschland. Discussion Paper ZZ 2021–601. Berlin: WZB 2021.*

Katsanidou, A./Giebler, H./Tosun, J./Reinl, A.–K./Pötzschke, S./Eder, C./Heinzmann, B./WeBels, B./Horvath, S./Huth, N./Parth, A.–M./Sanhueza Petrarca, C./Weiß, J.: *Everyday Life in Germany and Europe 2020 (Solikris). GESIS Datenarchiv (im Erscheinen).*

Mudde, Cas/Rovira Kaltwasser, Cristóbal: *Populismus: Eine sehr kurze Einführung. Bonn: Dietz-Verlag 2019.*

Rooduijn, Matthijs/Van Kessel, S./Froio, Caterina/Pirro, Andrea/De Lange, S./Halikiopoulou, Daphne/Lewis, Paul/Mudde, Cas/Taggart, P.: *The Populist: An Overview of Populist, Far Right, Far Left and Eurosceptic Parties in Europe. 2019. Online: www.popu-list.org (Stand 05.05.2021).*